im Römer

Aus der Fragestunde

Mahnung an Universität

Der Magistrat sieht sich in dem Streit
um das "Institut für vergleichende Irrelevanz" nach Worten von Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU) als unbeteiligter Dritter. Allerdings erwarte
er, dass sich alle Beteiligten im Umgang mit dem besetzten Haus an Recht
und Gesetz hielten. Grünen-Fraktionschef Manuel Stock sagte, Staatsanwaltschaft und Polizei seien am Zuge, nicht

mit der Landesregierung treten. Mahnung an Universität

Rottmann will "Lärmpausen"
Umweltdezernentin Manuela Rottmann (Die Grünen) hat sich für "Lärmpausen" ausgesprochen, um den Schutz vor Fluglärm im Süden Frankfurts zu verbessern. Bei einer gezielten Nutzung der Landebahn gebe es noch Spielraum für diesen aktiven Lärmschutz. Er sei realistischer als der passive Lärmschutz, für den die Mittel der Landesregierung nicht ausreichten. Nach Angaben von Bildungsdezernentin Sarah Sorge (Die Grünen) wird in den Sommerferien mit der Arbeit an einem Gutachten begonnen, das die Lärmbelastung von Schulen dokumentieren soll. Danach werde man Kosten für Schallschutz ermitteln und in Verhandlungen mit der Landesregierung treten.

schaft und Polizei seien am Zuge, nicht der Ordnungsdezernent. Die Universi-tät könne sich nicht aus dem Streit her-ausziehen und müsse darüber nachden-

auszienen und musse darüber nachden-ken, in welchem Maß noch kritische Wissenschaft in Frankfurt geleistet werde, hob Stock hervor. Es gab aber auch Kritik an den Besetzern; Wolf-gang Hübner (Freie Wähler) warf ih-nen fortgesetzten Rechtsbruch vor.

Neue Struktur für Kunstkurse

werde auch weiter Kunstlindem die Städelschule Lehrkräfte vermiete.

Neue Struktur für Kunstkurse Die Städelschule hat sich nach Auffassung von Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU) zu Recht von der Abendschule getrennt. Angesichts eines Defizits von 55 000 Euro in der Abendschule sei es richtig, dass sich die Städelschule auf ihre Kernaufgabe als Hochschule konzentriere und die künstlerische Erwachsenenbildung eine neue Struktur bekomme. Aber es werde auch weiter Kunstkurse geben, indem die Städelschule Räume an Lehrkräfte vermiete.

Weitere Moschee-Gespräche?

Weitere Moschee-Gespräche? In der Auseinandersetzung um die von der Gemeinschaft Milli Görüs geplante Moschee in Griesheim will der Magistrat auf weiteren Gesprächsbedarf reagieren, wenn dieser etwa vom Ortsbeirat geäußert werde. Das sagte Planungsdezernent Olaf Cunitz (Die Grünen). Der Magistrat selbst plane derzeit keine weiteren Schritte. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten habe nach Absprache mit der Bauauffür multikulturelle Angelegenheiten habe nach Absprache mit der Bauaufsicht im März ein Gespräch zwischen Ortsbeirat und Moscheeverein organisiert. Das Ansinnen von Milli Görüs wird kritisch gesehen, weil die Organisation vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Andere wiederum halten Milli Görüs Veränderungen zugute. Cunitz machte deutlich, dass Bauvoranfragen unabhängig von Herkunft und Religionszugehörigkeit der Antragsteller

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.06.2012, Rhein-Main-Zeitung, Seite 44 © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2012. Alle Rechte vorbehalten. Frantfurter Allgemeine Archi

Stadtteilmessen im Depot
Mit Hilfe mehrerer Projekte will der
Magistrat die Leipziger Straße aufwerten und so den Einzelhandel dort stärken. Das kündigte Wirtschaftsdezernent Markus Frank (CDU) an. Beispielsweise solle das Bockenheimer
Depot für Stadtteilmessen genutzt und spielsweise solle das Bockenheimer Depot für Stadtteilmessen genutzt und die Anbindung an den Nahverkehr ver-bessert werden. toe.

gionszugehörigkeit der beschieden würden.

Antragsteller